1:50

Gegen die Militarisierung der Polizei — für die Aufhebung der Kasernierung — für eine bessere Bezahlung der Polizei

Im Landtag beschäftigte sich der Ausschuß A in zwei längeren Sitzungen mit dem Polizei-Etat. Der Berichterstatter, der Sozialdemokrat Franz, empfahl im großen Ganzen den von der Regierung vorgelegten Etat zur Annahme. Von den Deutschnationalen wurde erneut ein Vorstoß unternommen für die höhere Einstufung der höheren Beamten und für die Vermehrung der höheren Polizeioffizierstellen. Der deutschnationale Redner trat für „straffste Disziplin" ein und forderte, daß die Autorität der Vorgesetzten unter allen Umständen gesichert werden muß. Die Redner der Volkspartei stellten sich im Wesentlichen auf den Boden der Deutschnationalen. Sie forderten in einigen Anträgen das Verbot des Ausschanks von stark alkoholhaltigen Getränken an die Jugendlichen unter 17 Jahren, und ein Tanzverbot für alle Jugendlichen unter 17 Jahren. Der demokratische Redner, der Abgeordnete Claus, stellte sich auf den Boden des Berichterstatters. Auch er wünschte eine Vermehrung der besserbezahlten Polizeistellen.

Der Genosse Siewert als Vertreter der kommunistischen Fraktion nahm eingehend zu den Ausführungen des Berichterstatters und dem Etat Stellung. Er forderte die

Aufhebung der Kasernierung der Polizei,

wendete sich entschieden

gegen die Militarisierungsbestrebungen

und forderte, daß die Beamtenausschüsse nicht nur bei allen Fragen gehört werden, sondern auch zur Mitwirkung herangezogen werden müssen. Genosse Siewert verlangte, daß die Dienstzeit

täglich acht Stunden nicht überschritten darf.

Er forderte, daß die Dienstbereitschaft voll angerechnet wird. Vor allen Dingen muß endlich dafür gesorgt werden, daß die skandalöse Bezahlung, wie sie nach Gruppe 2 und 3 erfolgt, restlos beseitigt wird. Genosse Siewert brachte zum Ausdruck, daß

alle Beamten in der Gehaltsgruppe 6 als Eingangsstufe

eingestuft werden müssen.

Auch im Etat zeigt sich, daß die Militarisierung der Polizei weiter vor sich gehen soll. So werden in einem Titel gefordert 12 000 Mark zur Schaffung von eisernen Portionen. Genosse Siewert forderte, daß diese Summe gestrichen wird. Dafür stimmten nur die Kommunisten und zwei Sozialdemokraten. Die Streichung wurde abgelehnt. Unter einem anderen Titel werden 365 000 Mark für Waffen und Munition angefordert. Die Kommunisten forderten, daß auch diese Summe gestrichen wird. Die Streichung wurde gegen die Stimmen der Kommunisten abgelehnt.

Um endlich dem Gerede aller bürgerlichen Parteien ein Ende zu machen, daß auch sie für die bessere Bezahlung der unteren Beamten eintreten, stellt die kommunistische Fraktion folgenden Antrag:

„Der Landtag wolle beschließen, die Regierung wird beauftragt, beim Reiche für die Aufhebung des Reichsgesetzes über die Schutzpolizei der Länder einzutreten."

Dieser Antrag wurde mit einer Zufallsmehrheit gegen acht Stimmen, teils der Bürgerlichen, teils der Sozialdemokraten, angenommen.

Von der kommunistischen Fraktion wurden zum Polizeietat folgende Anträge eingereicht:

Anträge zum Polizeietat.

1. Für die Aufhebung der Kasernierung.

Der Landtag wolle beschließen, die Regierung wird beauftragt, die Aufhebung der Kasernierung der Polizei vorzubereiten und sofort in Angriff zu nehmen. Ueber den Stand der Aufhebung der Kasernierung hat die Regierung dem Landtag laufend Bericht zu geben.

2. Gegen die Militarisierung.

Der Landtag wendet sich mit aller Entschiedenheit gegen die Militarisierung der Polizei. Felddienstübungen, militärisches Exerzieren in geschlossenen Verbänden, Vorbereitungen zum Bürgerkrieg, Straßenkämpfe und Paraden, wie sie der Polizeipräsident Kühn in Dresden vorgeführt hat, der militärische Gruß außerhalb des Dienstes usw. zeigen, daß die Führung der Polizei bemüht ist, die Polizei militärisch zu drillen und militärischen Geist in der Polizei zu züchten.

Der Landtag mißbilligt diese Maßnahmen und fordert von der Regierung

a) dafür zu sorgen, daß diese Uebungen unterbleiben,
b) die Beseitigung des Seitengewehrs und des Karabiners,
c) die Entfernung der Handgranaten der MG.- und der Panzerwagen.

3. Offiziere aus dem Mannschaftsstand.

Der Landtag wolle beschließen, die Regierung wird beauftragt, alle Vorbereitungen dafür zu treffen, daß die Offiziere bei allen Polizeigattungen aus den Reihen der Polizeimannschaften ausgewählt werden. Offiziere aus dem alten Heer oder der Reichswehr dürfen nicht eingestellt werden. Soweit solche Offiziere bei der Polizei angestellt sind, sind sie nach und nach, endgültig bis zum 1. Januar 1925 abzubauen.

4. Bekleidung.

Der Landtag wolle beschließen, die Regierung zu ersuchen, für alle Polizeiarten eine einheitliche Bekleidung einzuführen.

5. Gegen die Verlängerung der Dienstzeit.

Der Landtag wolle beschließen, die Regierung wird beauftragt, Anordnung zu treffen, daß die Dienstzeit für Polizeibeamte täglich acht Stunden nicht überschreitet.

Die teilweise erfolgte Verlängerung der Dienstzeit über wöchentlich 48 Stunden hinaus ist sofort rückgängig zu machen.

Dienstbereitschaft ist auf die Dienstzeit voll anzurechnen.

6. Für die Verringerung des Bereitschaftsdienstes.

Der Landtag wolle beschließen, die Regierung wird beauftragt anzuordnen, daß der Bereitschaftsdienst auf das Mindestmaß beschränkt wird.

Die Ansetzung des Bereitschaftsdienstes ausschließlich zu Uebungszwecken ist zu untersagen.

7. Für die Erhöhung der Sonderzulagen.

Der Landtag wolle beschließen, die Regierung wird beauftragt zu verzeichnen,

1. der Dienstbekleidungszuschuß ist auf 150 Mark jährlich heraufzusetzen,
2. eine den Zeitverhältnissen entsprechende Neuregelung und Erhöhung der Nachtdienstzulage, der Streifengelder und der Dienstaufwandsentschädigung ist vorzunehmen.

8. Beamtenrecht.

Der Landtag wolle beschließen, die Regierung zu ersuchen, unbeschadet der im Reiche vorgesehenen Regelung dem Landtag schnellstens eine Vorlage über die Regelung der Beamtenverletzung zu unterbreiten.

9. Freie Wohnung.

Der Landtag wolle beschließen, die Regierung zu ersuchen anzuordnen, daß

a) bis zur Aufhebung der Kasernierung der Polizei den Polizeibeamten die jetzigen Wohnräume unentgeltlich zu überlassen sind, alle Abzüge für den Gebrauch der Zimmer kommen in Wegfall;
b) die Reinigung der Stuben und Schlafräume in den Polizeikasernen und Wachstuben nicht von den Polizeibeamten vorgenommen werden darf. Es sind dafür besondere Personen anzustellen, deren Bezahlung die Verwaltungsbehörden übernehmen.

10. Besoldung.

Der Landtag wolle beschließen, die Regierung zu beauftragen, bei der Reichsregierung dahin vorstellig zu werden, daß

a) das Besoldungssperrgesetz aufgehoben wird;
b) Die Besoldungsordnung einer gründlichen Umgestaltung unterzogen wird und die unteren Gehaltsgruppen beseitigt werden;
c) ohne eine reichsgesetzliche Regelung abzuwarten, eine dahinzielende höhere Einstufung der unteren Beamten in Sachsen durchgeführt wird.

Ellrodt. Siewert.

Die Anträge 1, 2, 3, 4, 5, 6, 8, 9a wurden gegen 4 Stimmen der Kommunisten und der linken Sozialdemokraten abgelehnt.

Der Antrag 9b wurde mit 10 gegen 10 Stimmen abgelehnt. Dagegen stimmte der sozialdemokratische Vorsitzende Schnirch.

Der Antrag 10 wurde zurückgezogen, weil bereits im Plenum des Landtags und vom Besoldungsausschuß ein Antrag angenommen worden ist, der in der Sache dasselbe fordert.

Gegen die Anträge der Kommunisten sprachen sich aus der sozialdemokratische Innenminister Max Müller und der sozialdemokratische Berichterstatter. Beide wurden lebhaft von den Bürgerlichen unterstützt.

Aufgabe unserer Parteigenossen muß es sein, über diese wichtige Sache mit den Polizeibeamten zu diskutieren.

Sie rufen

Ein klagender Ton erschüttert die Luft
wenn alles ringsum ruht.
Ein Mahnen aus dunkler Zellengruft:
„Wahrt euer höchstes Gut!
Ihr draußen in Freiheit und Licht;
vergeßt die gefangenen Brüder nicht!"

Durch des Tages Brausen, der Maschinen Gedröhn,
Durch sausenden Hammerschlag
klingt es wie schweres Angstgestöhn:
Wann kommt der Tag,
der uns're Sklavenkette bricht?
„Vergeßt uns nicht!"

Die Antwort

Unterschriften für die Generalamnestie

Gemeinde	Löbau	57	Stimmen
„	Bürsten	45	„
„	Dohna	30	„
„	Freital-Burgk	139	„
„	Dresden-SW.	102	„
„	Friedersdorf	45	„
Betrieb	Gebr. Nedon, Schuhf., Löbau	110	„
„	Karl Lätsch, Löbau	28	„
„	Wasserleitungsbau Lawalde	9	„
„	Baustelle Städtische Häuser, Löbau	37	„
„	Gußstahlgießerei Dohna	24	„
„	Rütgerwerke, Dohna	45	„
„	Schiffswerft, Uebigau-Dresden	90	„
„	Seinert, Dresden	15	„
„	Hosch, Zellulosefabrik, Pirna	64	„
„	Loesch, Dresden	45	„
„	Zigarettenf. Canawow, Dresden	18	„
„	Gustav Wentig, Olbersdorf (OL.)	19	„
„	Reichsbahnhof, Dresden-Friedrichstadt	90	„

Genosse, hast auch du schon deine Pflicht getan?
Wo sind deine Unterschriften?!!

Arbeiterberichte

Cossebaude. Die Sozialdemokraten haben es nun endlich geschafft, durch öffentliche Verfügung das Ankleben von politischen Propaganda-Plakaten zu verbieten. Es war diesen „Arbeitervertretern" vorbehalten, dafür Sorge zu tragen, daß die Gemeinde verfügte: „Anschläge und Plakate dürfen nur auf und an den hiesigen Straßen und Plätzen nur an den dazu bestimmten Anschlagsvorrichtungen (Säulen, Tafeln) angebracht werden." Zuwiderhandlungen werden mit Geld bis 150 Mark oder Haft bis zu 14 Tagen bestraft. So fassen die Sozialdemokraten die Demokratie auf. Dabei ist in der Verfügung vorbehalten, für geschäftliche Anzeigen ebenso wie für Gemeindezwecke Ausnahmen zu gestatten. Also nur eine Maßnahme gegen die Kommunisten!

Hänichen. Ein besonders reaktionärer und rücksichtsloser Hausbesitzer ist in unserem Ort der Herr Wehnert. Sein Haus ist in schlechtem Zustande, naß und das Holz angefault. Trotzdem glaubt er, seinen Mietern gegenüber auch noch besonders schroff entgegenkommen zu können. Eine Frau, die wiederum Mutter ward und dem „Staat" dessen eifrigster „Diener" Herr Wehnert ist, ein Kind gebar, forderte er auf, sich eine andere Wohnung zu suchen, da er in seinem Hause nicht viel Kinder haben will, der Herr aber will Ruhe haben. Auch bei uns in Hänichen wittern die Hausagrarier „Morgenluft"! Vielleicht irren sie sich!

Bautzen

Zum Streik bei der Firma Jahn

(Von einem Arbeiter.)

Die Belegschaft der Firma Jahn, Eisengießerei, Bautzen, befindet sich wegen Lohnstreitigkeiten seit 30. Juni im Streik. Schon seit dem März-Streik hat eine Unzufriedenheit in der Belegschaft Platz gegriffen, die immer mehr an Umfang angenommen hat, bis es nun zum Ausbruch kam. Die Löhne der Gelernten, Angelernten und Ungelernten waren nicht der Leistung und der Betriebsarbeit entsprechend, damit ist der Streik berechtigt. Gerade bei der Firma Jahn ist es festgestellt, daß die Leistung der Former höher ist als derer in anderen Gießereien in Bautzen. Durch die höhere Leistung der Former sind alle anderen Kategorien, die in Lohn stehen, gezwungen, mehr zu leisten, daher die Streitigkeiten wegen des niedrigen Lohnes. Die Arbeiter, die in Lohn arbeiten, hatten den Betriebsrat in der Versammlung am 26. Juni aufgefordert, bei der Firma vorstellig zu werden für eine Erhöhung von 10 Pfg. die Stunde. Der Betriebsrat ist daraufhin bei der Firma vorstellig geworden, um die Forderung durchzudrücken. Die Firma aber erklärte schon von vornherein, daß sie niemals imstande wäre, derartige Forderungen zu bewilligen. Nach langem Hin und Her sah sich der Betriebsrat gezwungen, die Verhandlungen abzubrechen, da die Firma erklärte: „Ja, wenn sie uns mit einigen Leuten gekommen wären, da ließe sich darüber reden." Das bedeutete: es sollte ein Keil in die Belegschaft getrieben werden, dies konnte der Betriebsrat nicht verantworten. Daraufhin wurde am 29. Juni ein zweiter Vorschlag eingereicht, der im Durchschnitt 8 Pfg. pro Stunde ausmacht, und ein Frist bis 30. Juni 11,30 Uhr mittags gegeben. Die Firma hatte aber während dieser Zeit um eine Verlängerung der Frist nachgesucht. Die Belegschaft hatte aber am 30. Juni mittags dazu Stellung genommen und hat die Frist bis 3 Uhr verlängert. Da die Firma aber während dieser Zeit nicht verhandlungsbereit war, sondern dem Betriebsrat erklärte, daß sie während der Arbeitszeit nicht mehr verhandle, verließen sämtliche Kollegen, soweit sie in Betracht kamen, den Betrieb bis auf vier Mann, die noch heute Streikbrecherdienste leisten. Nun war natürlich die Firma entsetzt und sofort „verhandlungsbereit", hatte aber den Vorsitzenden vom Industriellenverbande angerufen und den Kollegen Müller vom DMV., die auch sofort erschienen waren. Nun dachte die Firma, diesen Streit beilegen zu können und legte nach zweistündiger Verhandlung wiederum die Forderung ab mit der Begründung, daß es Tarifbruch sei. Am 1. Juli früh 7 Uhr, nahmen die Kollegen den Bericht entgegen, auch der Kollege Müller, Vorsitzender des DMV., war anwesend, und beschlossen entrüstet einstimmig den Streik. Dies hatte natürlich die Firma nicht erwartet. Sie ging sofort dazu über, die Former aufzufordern, den Lohnarbeitern in den Rücken zu fallen. Die Former hatten dies sofort erkannt und beschlossen, keine Streikbrecherdienste zu leisten, darum kam der Betrieb innerhalb weniger Stunden zum Stillliegen bis auf die vier Streikbrecher. Mit diesen wird aber die Belegschaft noch abzurechnen haben, bevor sie wieder anfangen wird. Die Kollegen aber haben dabei gelernt, daß das entschlossene einheitliche Auftreten die Vorbedingung für jeden Kampf ist.

In den Betrieben muß die rote Einheitsfront erstehen!

Unternehmerfrechheit

(Von einem Bautzner Arbeiter.)

Bekanntlich zahlen die Löhne in der Metallindustrie zu den erbärmlichsten. Auch der „linke" SPD.-Mann Teichgräber tritt getreulich in die Fußstapfen seines großen Meisters und Vorgängers Willy Liebe.

Die Hilfsarbeiter der Firma Jahn traten in den Streik, weil Herr Jahn sich absolut nicht bequemen wollte, die Löhne auch nur eine Kleinigkeit aufzubessern. Die Former folgten bald den Hilfsarbeitern. Die Gewerkschaftsbureaukraten schrien „wilder Streik". **So ist auch hier wie überall die Einheitsfront der SPD.-Funktionäre mit der Reaktion, dem profitgierigen Kapitalistenpack hergestellt.** Wie die Einheitsfront das Unternehmertum stärkt, beweist folgendes Schanddokument:

Herrn

. . . . . .

Bautzen.

Ich fordere Sie hiermit auf, nächsten Sonnabend, den 4. Juli dieses Jahres, die Arbeit in meinem Betriebe wieder aufzunehmen, andernfalls ich Sie als entlassen betrachte. Ihr Entlassungspapiere liegen dann Sonnabend vormittag von 8 bis 12 Uhr zu Ihrer Abholung bereit

Carl Jahn, Eisengießerei, Bautzen.

Einschreiben.

Aufgabe der Arbeiter in allen Branchen ist es, die kämpfenden Brüder zu unterstützen. Klar ersichtlich ist aber, daß Lohnverhandlungen sollen in „vernunftigen Bahnen" geholt werden.

Metallarbeiter, paßt rechtzeitig auf! Laßt euch nicht über's Ohr hauen mit einer „Lohnzulage" von 5 bis 10 Prozent. 50 Prozent in der Spitze und 100 Prozent bei den unteren Gruppen ist eine angemessene Erhöhung. Seht, wie eure Ausbeuter prassen! Das können sie nur, weil ihr so bescheiden seid. Raffe euch zusammen auf der ganzen Linie, dann werdet ihr den Sieg davon tragen.

Denkt bei der Wahl zum Gewerkschaftskongreß daran, wie oft euch die „bewährten" SPD.-Bonzen betrogen. Klärt eure Arbeiter auf, damit sie am 12. Juli **nur die oppositionellen Kollegen wählen.**

Stahlhelmmann als Mörder

(Arbeiterbericht.)

In der Nacht vom 2. zum 3. Juli drang der 24jährige arbeitsscheue Arbeiter Herm. Dietrich aus Brand-Erbisdorf, **Mitglied des Stahlhelms,** in die Wohnung seiner Braut und deren Tante in Neu-Berthelsdorf. Er war im Besitz eines Revolvers und einer Flasche Petroleum. Er gab auf seine Braut zwei Schüsse ab und verletzte sie am Kopf und am Arm. Als die dazu herbeieilende Tante gab er einen Schuß ab und traf sie in die Lunge. Hernach tötete sich Dietrich selbst durch einen Kopfschuß. Es wird angenommen, daß D. seine Braut beseitigen wollte, da er mit ihr zwei Kinder hatte, mit dem Petroleum wollte er jedenfalls das Haus anbrennen. An dem Aufkommen der verletzten Frauen wird gezweifelt.

Es wäre interessant, zu erfahren, auf welche Weise Dietrich den Revolver vor einigen Tagen in Freiberg kaufen konnte, hoffentlich bringt es die gerichtliche Untersuchung zutage.

Bei diesem Mord schreibt der „Brand-Erbisdorfer Anzeiger" nicht, daß es ein Stahlhelm-Jüngling war, der gemordet hat. Vor einigen Monaten aber, wo die Schlägerei bei Krauses Mühle war und der Jungdeutsche Mruszek verletzt wurde, schrieb das Blatt sofort vom „Kommunisten Engel", obgleich es eine offensichtliche Lüge war. Der „Freiberger Anzeiger" tat dasselbe. So sehen diese Knüppelhelden aus.

Königstein a. d. Elbe. (Tödlicher Unfall.) Im Ortsteil Halbestadt stürzte am Donnerstag der Wirtschaftsbesitzer Mitscherling beim Anbinden von Weinreben von der Leiter, klammerte sich an die neben dem Haus befindliche Lichtleitung und blieb einige Zeit daran hängen, bis er plötzlich zu Boden fiel. An den erlittenen Verletzungen ist Mitscherling gestorben.

Einwohnerzahl Sachsens nach der Volkszählung 1925.

Nach den Zusammenstellungen des Statistischen Landesamtes betrug die Bevölkerungszahl des Freistaates Sachsen am 16. Juni d. J. 4 970 391. Am 1. Dezember 1910 hatte Sachsen 4 806 661 Bewohner. Die Volkszahl Sachsens ist demnach in diesem Zeitraume um 3,40 Prozent gewachsen.

China den Chinesen!

Es spricht der Chinese Chen-Ting-Kuo

Dienstag, 7. Juli, abends 7,30 Uhr Pirna Volkshaus
Mittwoch, 8. Juli, abends 8 Uhr Löbau Hotel Lamm
Donnerstag, 9. Juli, abends 8 Uhr Ebersbach Stadt Leipzig
Freitag, 10. Juli, abends 8 Uhr Seifhennersdorf Hotel zur Krone
Sonnabend, 11. Juli, abends 8 Uhr Zittau [illegible]